

Ä1 zu A3 Agrarwende jetzt – Für eine giftfreie Landwirtschaft in Bayern

Antragsteller*in: Doris Seibt (KV Ebersberg)

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 12 bis 13:

an der Seite dieser Menschen. Und wir sagen: eine ~~andere~~von Großkonzernen unabhängige Landwirtschaft ist möglich. Eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt, regionale Kreisläufe auch in der Saatguterzeugung schafft und unsere Böden und

In Zeile 28 einfügen:

sind mit

In Zeile 37 einfügen:

spezialisierte, an Erträgen und Welthandelspreisen ausgerichtete Landwirtschaft. Hybrid-

In Zeile 42:

~~„Unkräuter“~~, „Beikräuter“

Von Zeile 50 bis 51:

Konzerne weltweit um die Macht über unser Essen. Der Chemiekonzern ~~Bayer~~BAYER will Monsanto für 66 Milliarden US-Dollar übernehmen. Mit dieser Fusion würde ~~Bayer~~BAYER

Begründung

Der Antrag ist sehr gut ausgearbeitet. Mir fehlt nur ein Aspekt, der noch mit eingearbeitet wrden sollte. Im Anbetracht der Tatsache, dass in den letzten 4 Jahren 80 Prozent der heimischen Insekten nicht mehr nachweisbar sind, wie in dem Fachgespräch der Grünen im Bundestag am 06.03.2017 von bekannten Wissenschaftlern festgestellt wurde, sehe ich es als sehr wichtig an, wieder samenfeste Blütenpflanzen auf die Felder zu bringen. Das funktioniert mit einer regionalen, giftfreien Saatgutproduktion, die auch wieder regionale, samenfeste Sorten an Gemüse und Futterpflanzen für die Tierproduktion erzeugt. Nur so kann unsere Landwirtschaft unabhängig von den Großkonzernen werden. Aus diesem Grund bitte ich, meine Änderungen mit einzuarbeiten.

Ä2 zu A3 Agrarwende jetzt – Für eine gifffreie Landwirtschaft in Bayern

Antragsteller*in: Hermann Hager (KV Mühldorf), Judith Bogner (KV Mühldorf)

Änderungsantrag zu A3

Nach Zeile 98 einfügen:

- Umstellung auf ökologische Produktion unterstützen durch bessere Förderung der Landwirtschaft sowie Zusammenarbeit mit Unternehmen

Begründung

Nein-sagen ist das Eine, schmackhaft machen das Andere:

Ökologische Produkte lohnen sich für Bauern und Unternehmen. Bio ist mittlerweile ein lukrativer Markt in Deutschland, keine Nische mehr. Immer mehr Verbraucher greifen zu Bioprodukten. Weil die Nachfrage schneller wächst als die Produktion, wird viel aus Dänemark und Österreich importiert. Innerhalb der EU ist Deutschland der größte Absatzmarkt für Bio-Lebensmittel und weltweit Nummer 2 nach den USA. Laut Analyse des Arbeitskreises Biomarkt lag das Umsatzzuwachs von Bio-Lebensmitteln und -Getränken in Deutschland 2015 bei 11.1%, nach 4,6% im Vorjahr (1). Beim Anteil am gesamten Lebensmittelmarkt ist allerdings noch reichlich Luft nach oben. 2015 machten Bio-Produkte in Deutschland 4.4% des Gesamtmarktes aus, Dänemark und Schweiz beträgt der Anteil dagegen schon über 7%. Betrachtet man die Ausgaben für Bioprodukte pro Kopf, liegt Deutschland 2015 mit 106 Euro etwa doppelt so hoch wie der EU-28 Durchschnitt, bleibt aber weit hinter dem Schweizer pro-Kopf Wert von 262 Euro (2). Deutsche Bio-Produkte sind außerdem hochgeschätzt im Ausland. Marktforscher TechSci erwartet für den Organic Food Market bis 2020 ein jährliches Wachstum von 16% mit Blick auf wachsende Einkommen und zunehmendes Qualitätsbewusstsein in den Emerging Markets.

Ä3 zu A3 Agrarwende jetzt – Für eine giffreie Landwirtschaft in Bayern

Antragsteller*in: Hermann Hager (KV Mühldorf)

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 0 bis 1 einfügen:

Die Landwirtschaft verursacht Schäden an Umwelt, Klima, Bodenfruchtbarkeit und Nutztieren, verursacht hohe Kosten und schädigt ihre eigenen Produktionsgrundlagen.

Die Herausforderungen sind zu groß für kleine Korrekturen – wer unsere Landwirtschaft zukunftsfähig machen will, muss das System ändern.

Maßstab für den Umbau muss der beste verfügbare Standard sein.

Ökolandbau zeigt, wie eine volkswirtschaftlich sinnvolle und ressourcenschonende Landbewirtschaftung funktioniert.

Wer die Lebensmittelerzeugung fit für die Zukunft machen will, muss die ökologische Wirtschaftsweise zum Standard machen.

Nach Zeile 5 einfügen:

-

In Zeile 33 einfügen:

Deutschlands und der Bundesländer. Besonders auch die Menge und Vielfalt der Insekten auf den Feldern ist bedrohlich gesunken. Viele Vögel, Frösche und Echsen finden kein Futter mehr. Die Schwalben und Mauersegler drohen auszusterben.

Ä1 zu A5 Finanzierung der Kirchen durch den Staat beenden!

Antragsteller*in: Landesvorstand, LAG Christinnen und Christen

Redaktionelle Änderung

Bündnis 90/Die Grünen in Bayern fordern, dass auf bayerischer Ebene ein Dialog des Freistaats mit der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche geführt werden soll, der zum Ziel hat, den in Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 138 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung formulierten Auftrag zur Ablösung der Staatsleistungen zu erfüllen.

Titel

Ändern in:

Staatsleistungen ablösen!

Begründung

Artikel 140 Grundgesetz lautet: "Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes."

Artikel 137 Abs. 1 Weimarer Verfassung klärt: "Es besteht keine Staatskirche."

Artikel 138 Abs. 1 Weimarer Verfassung verlangt: "Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf."

Der Verfassungsauftrag, die direkten Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen, besteht also seit nahezu 100 Jahren. Er beinhaltet sowohl die Anerkennung, dass diese Staatsleistungen einen Ausgleich für die Einziehung kirchlicher Besitztümer im Rahmen der Säkularisierung vor mehr als 200 Jahren darstellen, zugleich aber auch die Aufforderung, die Staatsleistungen zeitlich zu begrenzen. Die vom Bundesvorstand eingerichtete Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ bekundet in ihrem Abschlussbericht: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Verfassungsauftrag endlich umsetzen.“

[Anmerkung der LGS: Dieser Änderungsantrag ist lediglich aus technischen Gründen als "redaktioneller Änderungsantrag" kategorisiert.]

Ä2 zu A5 Finanzierung der Kirchen durch den Staat beenden!

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 28.03.2017

Titel

Ändern in:

Staatsleistungen an Kirchen ablösen und Arbeitsrecht stärken!

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 1 bis 6:

Bündnis 90 / Die Grünen ~~fordern eine Beendigung der Finanzierung der Kirchen durch den Staat. In und außerhalb der Partei soll ein Dialog mit der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche geführt werden, der als Erstes zum Ziel hat, den in Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 138 Abs. 1~~

~~Weimarer Reichsverfassung formulierten Auftrag zur Ablösung der Staatsleistungen zu erfüllen.~~ Bayern fordern die zeitnahe Umsetzung der Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, wie es in Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt ist. Zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrages soll ein Dialog mit der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche geführt werden.

Wir erkennen den Verdienst, den die Kirche in dieser Gesellschaft leistet, als wichtigen Teil an. Dennoch ist es unverhältnismäßig und widerspricht der Säkularität Deutschlands, dass die zwei großen christlichen Kirchen in Deutschland aufgrund von Jahrhunderte alten Verträgen grundlos jährlich viele Millionen Euro erhalten.

Der Staat finanziert darüber hinaus zahlreiche Mitarbeiter*innen in kirchlichen Einrichtungen, die staatliche Aufgaben, beispielsweise in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und Kindergärten übernehmen. Für diese Mitarbeiter*innen gilt ein kirchliches Arbeitsrecht mit vielen Sonderregelungen, die zu massiven Einschränkungen für die Betroffenen führen. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Beispiel wegen der Wahl ihres Partners*ihrer Partnerin, wegen Scheidung oder fehlender Taufe von Kindern sanktioniert werden. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen und so auch die Schaffung von Betriebsräten ermöglichen und ein Streikrecht verankern. Bündnis 90/ Die Grünen Bayern fordern weiter, dass der Staat für ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung sorgt.

Begründung

Artikel 140 Grundgesetz, Artikel 137 Abs. 1 Weimarer Verfassung und Artikel 138 Abs. 1 Weimarer Verfassung verlangen eindeutig die Staatsleistungen an Religionsgesellschaften abzulösen. Die vom GRÜNEN Bundesvorstand eingerichtete Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ kommt in ihrem Abschlussbericht zum Schluss: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Verfassungsauftrag endlich umsetzen.“ Die bayerischen GRÜNEN fordern daher eine zeitnahe Ablösung mit vorausgehendem Dialogprozess.

Ä1 zu A8 Geld für die Schiene in ganz Bayern investieren und Münchner S-Bahn für 10-Minuten-Takt ausbauen statt Milliardengrab zweiter Tunnel

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum: 26.03.2017

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 39 bis 40:

- Eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern: Stundentakt von ~~5-24 Uhr an Werktagen und deutliche Verbesserungen an den Wochenenden~~ 5-24 Uhr. Ein modernes

Begründung

erfolgt mündlich

Ä1 zu A10 „Ja zu Europa - Mut zu Veränderung“ - auch in Bayern!

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 26.03.2017

Änderungsantrag zu A10

In Zeile 79 einfügen:

geben. Mittelfristig soll es keine Rüstungsexporte mehr geben.

Begründung

Entsprechend der Beschlusslage der LDK 2015:

<https://gruene-bayern.de/europaeische-herausforderung-flucht-asyl-und-einwanderung/>